

„Flüchtlinge“ nicht heilig, aber falscher Feind



[Vor einigen Tagen ist bei PI](#) ein Text von mir erschienen, in dem ich mich mit der Frage beschäftige, was unter dem Eindruck der immer weiter eskalierenden Asylinvasion getan

werden kann. Daraufhin hat [Peter M. Messer ebenfalls bei PI](#) meine Ausführungen teils heftig kritisiert. Sein Hauptargument: Ich würde die „Flüchtlinge“ zu sehr schonen, für mich gelte, dass der „Flüchtling heilig“ sei. Denn ich hatte sehr deutlich gefordert, den Protest nicht gegen die Unterkünfte der „Flüchtlinge“ zu richten oder gar zu konzentrieren, sondern gegen die Politiker, die Parteien und die Parlamente, die das alles zulassen und damit zu verantworten haben.

(Von Andreas Fichte)

Messers Kritik ist teilweise plausibel, teils jedoch stark überzogen. Selbstverständlich habe ich mit keiner Zeile die „Flüchtlinge“ als „heilig“ und für unantastbar erklärt. Ich halte es aber nach wie vor für strategisch wie taktisch falsch und sogar schädlich, diese Menschen zum Ziel- und Mittelpunkt des nur allzu berechtigten Protestes zu machen. Denn wer hat sie hereingelassen? Wer hat die Grenzen geöffnet? Wer tut so, als handele es sich bei dieser Invasion um eine Art nicht beeinflussbares, nicht steuerbares Naturereignis? Das sind doch zweifellos die politisch Verantwortlichen in Deutschland, die tatsächlich völlig verantwortungslos handeln. Und deshalb

müssen sie unter vielfältigen Druck gestellt werden – von Briefen, Mails bis zu Aktionen vor ihren Büros oder den Parlamenten in Bund, Land und Kommunen. Sie müssen Farbe bekennen, sie müssen auf Schritt und Tritt verfolgt und mit dem Protest konfrontiert werden.

Es liest sich sicher gut, wenn Messer schreibt: *„Das Volk muss also selbst etwas gegen die Invasoren haben und sich entsprechend äußern, wenn seine Vertreter entsprechend handeln sollen. Es ist sinnwidrig, von der Regierung etwas zu verlangen, sich nämlich gegen die Invasoren zu wenden, zu dem man selbst nicht ausdrücklich bereit ist. Und verlogen und verheuchelt ist es auch.“* Doch was soll das Volk anderes tun, als sich passiv und nach Möglichkeit auch offensiv dem Rummel um die „Willkommenskultur“ zu verweigern, wozu es für jeden Einzelnen durchaus Gelegenheiten gibt. Und was soll es bringen, sich vor den Unterkünften zu versammeln, um dort auch noch mit der Polizei und den Linksfaschisten in Konflikt zu kommen?

Ich weise diejenigen, die das trotzdem tun, nicht „scharf zurecht“, wie Messer schreibt, sondern rate aus guten Gründen, es nicht zu tun. Denn der Feind (aber auch nicht der Freund!) sind nicht die „Flüchtlinge“, sondern die für deren Eindringen nach Deutschland Verantwortlichen in Politik, Medien und Institutionen. Wenn ich zudem rate, mit den idealistischen Helfern der „Flüchtlinge“ ins Gespräch zu kommen, betreibe ich nicht „Kollaboration“, sondern suche nach einer Möglichkeit, diese abzuspalten von denen, die das mit politisch-ideologischem Kalkül betreiben. Mag sein, dass vorerst nicht viel dabei herauskommt. Aber was schadet der Versuch? Der Staat setzt viele anständige, eher konformistische Menschen ein, um sie für seine „Flüchtlings“-Politik zu instrumentalisieren. Manche dieser Menschen sehen von Tag zu Tag klarer, wie irrsinnig das alles ist – warum also sie nicht kritisch bearbeiten, wenn dazu Gelegenheit ist?

Was aus Messers Kritik praktisch folgen soll, ist mir

ausgesprochen unklar. Er schreibt: „Das Volk muss also selbst etwas gegen die Invasoren haben und sich entsprechend äußern, wenn seine Vertreter entsprechend handeln sollen.“ Abgesehen von dem Problem, gleich das gesamte Volk in Anspruch zu nehmen: Auch wenn dieses sich „entsprechend“ verhalten und äußern würde, ist es doch eine Illusion zu glauben, dann würden sich die „Volksvertreter“ der Parteien auch „entsprechend“ verhalten. Es ist vielmehr so, dass viele Menschen im deutschen Volk mit wachsender Sorge, Widerwillen und deutlicher Ablehnung diese Invasion verfolgen. Ob sie nun auch zu Unterkünften gehen und den dort lebenden Asylanten irgendwie ihre Haltung zeigen, ist viel unwichtiger als die Bereitschaft, diese Haltung im täglichen Kontakt mit Freunden, Kollegen und Nachbarn deutlich zu machen. Und auch viel unwichtiger als die Teilnahme an kleinen und größeren Aktionen, die relativ leicht machbar sind. Ich will hier einige, keineswegs vollständige, Vorschläge machen:

- Protestschreiben an die jeweils zuständigen Bundestagsabgeordneten, Landtagsabgeordneten und kommunalen Vertreter
- Leserbriefe an die jeweils vor Ort, im Kreis oder der Region erscheinende Zeitung
- Protestanrufe oder E-Mails an TV-Sender nach manipulativen Sendungen
- Einwurf von aufklärenden Informationen und Berichten in Briefkästen der Nachbarschaft oder des ganzen Viertels ohne eigene Kenntlichmachung
- Mit Gleichgesinnten Organisation und Durchführung von kleinen, unangemeldeten Protestaktionen vor Parteibüros, Abgeordnetenbüros, Zeitungsredaktionen, TV-Anstalten
- Auftreten bei Parteiveranstaltungen mit kritischen Fragen zum Thema
- Sammeln von Informationen über Folgen und Kosten der Asylinvasion am jeweiligen Wohnort
- Gespräche mit Anwohnern von Asylunterkünften suchen, um Informationen über Probleme und Zwischenfälle zu erhalten.

Dazu muss es unbedingt zu regionalen und nationalen Initiativen kommen. Besonders dringlich erscheint mir zu sein, dass sich alle nichtextremistischen freiheitlichen, konservativen und rechtsdemokratischen Organisationen und Persönlichkeiten Deutschlands sehr bald zu einem nationalen Kongress zusammenfinden, um gemeinsame Schritte und Aktionen gegen die Asylinvasion zu beraten und zu beschließen. Die Lage ist jetzt ernst genug, um kleinliche Abgrenzeritis und Eifersüchteleien wenigstens in dieser Schicksalsfrage für Deutschland hinter sich zu lassen. Und dann werden sowohl Peter M. Messer als auch der Verfasser dieses Textes sich hoffentlich persönlich kennen lernen. Was uns eint, ist viel weniger als das, was uns trennt.